



Neustädter Kreisblatt.

Preis 20,00 Mark für das Halbjahr, durch die Post bezogen 25,00 Mark. — Erscheint wöchentlich (Donnerstag).
 Insertions-Gebühr für die einspaltige Kleinzeile bei Anzeigen a) für Kreiseinwohner und Behörden im Kreise
 Neustadt 2,50 Mark, b) für auswärtige Anzeigende 3,50 Mark.

Neustadt O.-S., den 16. November 1922.

Verordnungen und Bekanntmachungen.

Verordnung über die Anwerbung und Vermittlung ausländischer Landarbeiter.

Auf Grund des § 26 Abs. 2 des Arbeitsnachweisges. v. 22. 7. 1922 (R.-G.-Bl. I S. 657) wird zur Regelung der Anwerbung und Vermittlung von ausländischen Arbeitern für die Landwirtschaft im Einvernehmen mit den obersten Landesbehörden folgendes verordnet:

§ 1. Die Anwerbung und Vermittlung von ausländischen Arbeitern für die Landwirtschaft sowie jede darauf hinielende Tätigkeit darf nur durch die Deutsche Arbeiterzentrale erfolgen, soweit nicht in den §§ 2, 3 und 9 Ausnahmen zugelassen sind.

§ 2. Arbeitgeber oder deren Beauftragte, wie Aufseher, Vorschnitter, Vorarbeiter, dürfen mit Zustimmung der Deutschen Arbeiterzentrale ausländische Arbeiter für die Landwirtschaft anwerben oder dafür tätig sein. Sie sind mit einem besonderen auf die Person lautenden und nicht übertragbaren Ausweis der Deutschen Arbeiterzentrale zu versehen, aus welchem die Zahl der anzuwerbenden Arbeiter und die Arbeitsstelle, für die sie angeworben werden sollen, ersichtlich sind, und haben nach den Anweisungen der Deutschen Arbeiterzentrale zu handeln.

Eine Zustimmung der Deutschen Arbeiterzentrale ist nicht erforderlich für Verabredungen, die von Arbeitgebern mit den bei ihnen beschäftigten ausländischen Landarbeitern vor der Rückkehr in das Heimatland zwecks Vorbereitung des Vertragsverhältnisses für das nächste Jahr getroffen werden, sofern die Verabredung unter Vorlage der schriftlichen Unterlagen und der Namen der verpflichteten Leute bis zum 1. Januar des nächsten Jahres der Deutschen Arbeiterzentrale zwecks Zuführung mitgeteilt wird.

§ 3. Die Arbeitsnachweisämter können solche im Inland befindliche ausländische Arbeiter für die Landwirtschaft vermitteln, die ihre Dienste in Anspruch nehmen und sich im Besitz ordnungsmäßiger Ausweise gemäß § 7 befinden.

§ 4. Der Anwerbung und der Vermittlung darf nur der vom landwirtschaftlichen Sachausschuß der Reichsarbeitsverwaltung (Reichsamt für Arbeitsvermittlung) aufgestellte Arbeitsvertrag für ausländische Landarbeiter zugrunde gelegt werden.

§ 5. Die Anwerbung oder Vermittlung ausländischer Arbeiter für die Landwirtschaft ist nur für solche Betriebe gestattet, für die eine Genehmigung des für die Arbeitsstelle zuständigen Landesamts für Arbeitsvermittlung zur Beschäftigung ausländischer Landarbeiter vorliegt, und zwar nur in der durch die Genehmigung festgesetzten Zahl.

§ 6. Ausländische Arbeiter, die für die Arbeit in der Landwirtschaft legitimiert sind, dürfen in nichtlandwirtschaftliche Betriebe nur mit besonderer Zustimmung des für die neue Arbeitsstelle zuständigen Landesamts für Arbeitsvermittlung vermittelt werden.

§ 7. Die Anwerbung oder Vermittlung von im Inland befindlichen ausländischen Landarbeitern ist nur zulässig, wenn sie im Besitz der Legitimationskarte der Deutschen Arbeiterzentrale sind, auf der die Beendigung des alten Arbeitsverhältnisses durch einen von der Polizeibehörde abgestempelten Vermerk des letzten Arbeitgebers bestätigt ist.

Der Arbeitgeber darf die Beschäftigung nur verweigern, wenn der Arbeiter seine Arbeitsstelle unter Vertragsbruch verläßt oder verlassen hat. In dem Vermerk auf der Legitimationskarte dürfen die Gründe der Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht angegeben sein.

Bei Streit über die Zulässigkeit der Verweigerung der Befestigung entscheidet über die Wiedervermittlung auf Anruf des Arbeitgebers oder des ausländischen Arbeiters der Verwaltungsausschuß (landwirtschaftliche Fachauschuß) des für die alte Arbeitsstelle zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweises. Der Verwaltungsausschuß (Fachauschuß) kann zu diesem Zwecke einen Unterausschuß bilden, dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl angehören müssen. Die Zulässigkeit der Wiedervermittlung ist auf der Legitimationskarte zu vermerken.

Im Falle des Verlustes der Legitimationskarte ist von dem ausländischen Arbeiter eine Befestigung der für die letzte Arbeitsstelle zuständigen Polizeibehörde über die ordnungsmäßige Legitimierung und ein von der Polizeibehörde abgestempelter Ausweis des letzten Arbeitgebers über die Beendigung des Arbeitsverhältnisses vorzulegen.

§ 8. Die Bestimmungen des § 7 finden auf die Anwerbung und Vermittlung ausländischer Bondarbeiter durch die Grenzämter der Deutschen Arbeiterzentrale keine Anwendung.

§ 9. Die Reichsarbeitsverwaltung (Reichsamt für Arbeitsvermittlung) kann nach Anhörung ihres landwirtschaftlichen Fachauschusses im Einvernehmen mit den beteiligten obersten Landesbehörden Annahmen von den vorstehenden Bestimmungen für bestimmte Bezirke oder Gruppen ausländischer Arbeiter zulassen.

§ 10. Mit Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten wird bestraft, wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt.

Abf. 1 findet auf Handlungen keine Anwendung, die im Betrieb einer Körperschaft des öffentlichen Rechts begangen werden. Die Durchführung dieser Verordnung gegenüber Körperschaften des öffentlichen Rechts liegt den Dienstaufsichtsbehörden ob.

§ 11. Die Verordnung tritt mit dem 1. 11. 1922 in Kraft. Mit dem gleichen Tage wird die Verordnung zur Einschränkung des Stellenwechsels ausländischer Wanderarbeiter vom 26. 5. 1920 (Reichsanzeiger Nr. 118 v. 27. 5. 1920) aufgehoben.

Berlin, den 19. Oktober 1922.

Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung

(Reichsamt für Arbeitsvermittlung).

Dr. S y r n p.

Polizeiverordnung, betreffend Meldepflicht der Ausländer.

Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Ges.-S. S. 195 ff.) und gemäß §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G.-S. S. 265 ff.) wird in Abänderung des § 4 der Polizeiverordnung, betreffend das Meldewesen, vom 1. Februar 1912 (Sonderbeilage zu Nr. 6 des Amtsblatts S. 13) und unter Aufhebung der Polizeiverordnungen vom 26. Februar 1919 (Sonderbeilage zu Stück 9 des Amtsblatts) und vom 28. April 1919 (Stück 18 des Amtsblattes), sowie der Polizeiverordnung für das nicht besetzt gewesene Gebiet des Regierungsbezirks vom 15. April 1920 (Amtsblatt der Regierung in Breslau Stück 22) mit Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungsbezirks Oppeln folgendes verordnet:

§ 1.

Jeder über 16 Jahre alte Ausländer hat sich, auch wenn er bereits ordnungsmäßig gemeldet war, erneut binnen 8 Tagen nach Veröffentlichung dieser Polizeiverordnung im Kreisblatt — Stadtblatt — bei der für ihn zuständigen Ortspolizeibehörde unter Vorlegung seines Passes oder des als Passersatz dienenden amtlichen Ausweises (§ 3 der Verordnung vom 10. Juni 1919 (R.-G.-Bl. S. 516), persönlich anzumelden.

Die Anmeldung wird von der Polizeibehörde unter Beibringung des Amtsfiegels und Angabe des Tages der Meldung im Paß oder Personalausweis bescheinigt.

Bei der Anmeldung ist ein Lichtbild des Anmelgenden vorzulegen.

Kranke und Gebrechliche können unter Beibringung einer ärztlichen Bescheinigung in gleicher Frist schriftliche Voranmeldung einreichen. Die Polizeibehörde kann nachträgliche persönliche Anmeldung fordern.

§ 2.

In der gleichen Weise hat sich jeder über 16 Jahre alte neuankommende Ausländer binnen 48 Stunden nach der Ankunft bei der Ortspolizeibehörde anzumelden, der nach Veröffentlichung dieser Polizeiverordnung zu dauerndem oder vorübergehendem Aufenthalt zuzieht. Die Anmeldung ist bei jedem neuen Zugang zu bewirken.

§ 3.

Wer einem Ausländer entgeltlich oder unentgeltlich Wohnung oder Unterkunft gewährt, ist verpflichtet, sich über die erfolgte polizeiliche Anmeldung des Beherbergten binnen 48 Stunden nach der Ausnahme zu vergewissern. Wird ihm die Anmeldung nicht nachgewiesen, so hat er der Orts-

polizeibehörde schriftlich oder mündlich binnen 24 Stunden Anzeige zu erstatten. Gibt der Ausländer die Wohnung oder Unterkunft auf, so hat der Wohnungsgeber dies binnen 24 Stunden schriftlich oder mündlich der Ortspolizeibehörde anzuzeigen, sofern nicht der Ausländer sich bereits selber abgemeldet und dies unter Vorlegung der abgestempelten Abmeldung dem Wohnungsgeber nachgewiesen hat.

§ 4.

Die Ortspolizeibehörde hat über die in ihrem Bezirk sich aufhaltenden Ausländer Listen zu führen, in denen Namen, Alter, Staatsangehörigkeit, Ort des Zuzugs, Tag der Ankunft und Tag der Abmeldung einzutragen sind.

Bei Kriegsgefangenen ist außerdem zu vermerken, zu welchem Lager sie gehören und bei welchem Arbeitgeber sie beschäftigt werden.

§ 5.

Ausländer, die ihrer Meldepflicht gemäß §§ 1 und 2 nicht genügen, sowie Wohnungsgeber, die den Vorschriften des § 3 zuwider handeln, werden mit Geldstrafe bis 600 Mark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

Neben der Strafe haben Ausländer, die dieser Verordnung zuwiderhandeln, ihre Ausweisung aus dem Gebiet des preussischen Staates zu gewärtigen.

Die Polizeiverordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Oppeln, den 5. Oktober 1922.

Der Regierungspräsident.
J. B.: Göppert.

Vorstehende Polizeiverordnung wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Die Ortspolizeibehörden haben für ortsübliche Bekanntmachung Sorge zu tragen. Durch vorstehende Verordnung ist die für den ehemals unbesetzten Kreisteil geltende Bekanntmachung vom 15. April 1920, Kreisblatt für 1920 Seite 231/232, aufgehoben.

Nach § 1 haben sich sämtliche Ausländer binnen 8 Tagen nach Veröffentlichung dieser Polizeiverordnung bei der Ortspolizeibehörde anzumelden. Verstöße gegen die Polizeiverordnung sind unnachsichtlich zur Bestrafung zu bringen. Außerdem ist bei mir die Ausweisung der dieserhalb bestraften Ausländer zu beantragen.

Neustadt OS., den 30. Oktober 1922.

Der komm. Landrat.

Am 21. Oktober 1922 nachm. 4.45 Uhr fluch die Strafgefangenen Viktor Malchorezyk und Ludwig Stonchly, der Strafanstalt Gleiwitz, von der Außenarbeit entwichen.

Personalbeschreibung:

1. Familienname: Stonchly,
2. Vorname: Ludwig,
3. Stand und Gewerbe: Arbeiter,
4. Geboren am: 10. 11. 1900 zu Botrop, Kreis Recklinghausen,
5. Bester Aufenthalt: Gr. Thurze, Kr. Rybnitz (Poln.-Oberschl.),
6. jetziger (vermuteter) Aufenthalt: ebendaseibst,
7. Größe: 1,64,
8. Gestalt: unterseht,
9. Haar: blond,
10. Bart: keinen,
11. Gesicht: oval,
12. Stirn: gewölbt,
13. Ange: blau,
14. Augenbraunen: bogenförmig,
15. Nase: gewöhnlich,
16. Ohren: mittel,
17. Mund: mittel,
18. Zähne: vollständig,
19. Rinn: gewöhnlich,
20. Hände und Füße: normal,
21. Gang und Haltung: gerade,
22. Sprache: Deutschpoln.,
23. Tätowierungen: keine,
24. Besondere Kennzeichen: keine,
25. Bekleidung: Anstaltskleidung, braune Hosen, blaue Jacke, Mütze ohne Schild.

Personalbeschreibung:

1. Familienname: Malchorczyk,
2. Vorname: Viktor,
3. Stand und Gewerbe: Arbeiter,
4. Geboren am: 10. Okt. 97 zu Bielschowitz (Poln. Oberschl.), Kr. Hindenburg,
5. Bester Aufenthalt: Bielschowitz,
6. jetziger (vermuteter) Aufenthalt: derselbe,
7. Größe: 1,72,
8. Gestalt: unterseht,
9. Haar: blond,
10. Bart: keinen,
11. Gesicht: oval,
12. Stirn: gewölbt,
13. Auge: grau,
14. Augenbraunen: bogenförmig,
15. Nase: gewöhnlich,
16. Ohren: mittel,
17. Mund: gewöhnlich,
18. Zähne: vollständig,
19. Rinn: gewöhnlich,
20. Hände und Füße: normal,
21. Gang und Haltung: gerade,
22. Sprache: Deutschpoln.,
23. Tätowierungen: keine,
24. Besondere Kennzeichen: keine,
25. Bekleidung: Anstaltskleidung, braune Hose, blaue Jacke, Mütze ohne Schld.

Ich ersuche, Nachforschungen nach den Genannten anstellen zu lassen und im Ermittlungsfalle der Strafanstalt in Gleiwitz Nachricht zu geben.

Oppeln, den 27. Oktober 1922.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

Nach § 36 des Vermögenssteuergesetzes vom 8. 4. 22 wird das Reichsnotopfer von den inländischen steuerpflichtigen Einzelpersonen mit 10 v. H. des abgabepflichtigen Vermögens, mindestens aber zu einem Drittel der Abgabe, erhoben; bei abgabepflichtigen Vermögen, die 1027000 Mk. und darüber betragen, erhöht sich der zu erhebende Reichsnotopferbetrag auf 40 v. H. der Abgabe. Ist auf das Reichsnotopfer über den so geschuldeten Betrag hinaus Zahlung geleistet worden, so ist nach § 11 des Gesetzes über die Zwangsanleihe vom 20. Juli 1922 der Mehrbetrag nebst den gemäß § 39 des Vermögenssteuergesetzes darauf zu entrichtenden Zinsen auf Antrag auf die zu zeichnende Zwangsanleihe anzurechnen, und zwar:

soweit die Entrichtung durch Hingabe von selbst gezeichneter verzinslicher deutscher Kriegsanleihe erfolgt ist, in Höhe des Annahmewertes zum Reichsnotopfer,

soweit die Entrichtung in bar oder durch Hingabe von unverzinslichen Schatzanweisungen (Schatzwechseln) erfolgt ist, unter Belassung der für bare Vorauszahlungen gewährten Vergütungen.

Da angenommen wird, daß von den Reichsnotopferpflichtigen ohne Weiteres solche Anträge beabsichtigt werden, wird die Anrechnung des auf das Reichsnotopfer überzahlten Betrages auf die von dem Abgabepflichtigen zu zeichnende Zwangsanleihe deshalb von amtswegen erfolgen, weil oder soweit nicht der Abgabepflichtige der Anrechnung bis zum 31. März 1923 widerspricht. Der Widerspruch ist bei dem zuständigen Finanzamte zu erheben.

Die Gemeindebehörden werden ersucht, für Bekanntgabe in ortsüblicher Weise Sorge zu tragen.

Neustadt OS., den 7. November 1922.

Das Finanzamt.

Nr. 412.

Getreideablieferung.

Es sind als Kreisgetreidekommissionäre noch bestellt worden:

Geteidekaufmann Stükmann } in Oberglogau.
und Firma Varysch & Müller }

Vorstehendes ist ortsüblich bekanntzumachen.

Neustadt OS., den 9. November 1922.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Nr. 413. **Verfütterungsverbot von Brotgetreide und Mehl.**

Gemäß § 44 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 vom 4. Juli 1922 (R.-G.-Bl. I S. 537) darf Brotgetreide, auch gequetscht, geschrotet oder sonst zerkleinert, sowie Mehl aus Brotgetreide nicht verfüttert oder zur Bereitung von Futtermitteln verwendet werden. Zudem ich dringend warne, hiergegen zu verstoßen, weise ich darauf hin, daß Zuwiderhandlungen gemäß § 49 Punkt 7 a. a. O. mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu fünfhunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft werden, soweit nicht nach anderen Vorschriften eine schwerere Strafe verwirkt ist.

Neustadt O.S., den 10. November 1922.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Nr. 414.

U n o r d n u n g.

Auf Grund des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung vom 21. Januar 1915 und der vom Herrn Minister für Handel und Gewerbe dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen sowie des § 35 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 vom 4. Juli 1922 — R.-G.-Bl. Seite 549 Teil I — werden für den Kreis Neustadt O.S. folgende

H ö c h s t p r e i s e

festgesetzt:

Roggenmehl . . für 1 Pfund 24,00 Mark,

Weizenmehl . . " 1 " 25,50 "

Diese Preise gelten für den Kleinhandel, das ist die unmittelbare Abgabe an den Verbraucher.

Brot für 500 g . 26,40 Mk.,

für 950 g . 50,00 "

für 1900 g . 100,00 "

Semmel aus 85% igem Weizenmehl, 70 g Verkaufsgewicht, 4,50 Mk.

Vorstehende Anordnung tritt mit dem 20. d. Mts. in Kraft.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 500.000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft, soweit nicht nach anderen Vorschriften eine schwerere Strafe verwirkt ist. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Die Anordnung des Kreisausschusses vom 26. Oktober d. Js. — Seite 308 des Kreisblattes für 1922 — tritt mit Ablauf des 19. d. Mts. außer Kraft.

Vorstehende Anordnung ist sofort auf ortsübliche Weise bekanntzumachen.

Neustadt O.S., den 15. November 1922.

Der Kreisausschuss.

Nr. 415.

A u s z e i c h n u n g e n.

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien hat den Dienstmädchen Margarethe Irmer und Berta Weiß in Schnellwalde für 10jährige treue Dienste die Bronzene Brosche verliehen.

Neustadt O.S., den 16. November 1922,

Der komm. Landrat.

Nr. 416.

B e s c h u l u n g s g e l d.

Durch Ministerialerlaß vom 6. September d. Js. ist für das Rechnungsjahr 1921 als Zuschuß zu dem Beschulungsgelde der Betrag von 60 Mark für jedes schulpflichtige, die öffentlichen Volks- und mittleren Schulen besuchende Kind bewilligt worden. Das Beschulungsgeld ist hiernach für 1921 endgültig auf 160 Mark festgesetzt.

Die sich durch diese Festsetzung ergebenden Nachzahlungen dürfen an die Schulverbände aber nur unter der Bedingung ausgezahlt werden, daß die Beträge, die die Schulverbände nach den ergangenen Erlässen an die Landes-Schulkasse zu entrichten hatten, ohne Rest eingezahlt sind.

Insbesondere müssen auch vor der Auszahlung des Beschulungsgeldes von den Schulverbänden in den besetzten Gebieten die ihnen zur Last fallenden Anteile an den Wirtschaftsbeiträgen, Besatzungszulagen usw. der Landes-Schulkasse restlos erstattet sein.

Die Herren Schulverbands-Vorsteher wollen die Schulkassenverwalter hiernach mit Anweisung versehen.

Neustadt O.-S., den 9. November 1922.

Der komm. Landrat.

Nr. 417.

Ostmärkische Flüchtlinge.

Die zur Einreichung der Schadensanträge zum Verdrängungsschädengesetz festgesetzte Frist läuft Ende Dezember d. Js. ab. Es ist keine Aussicht vorhanden, daß diese Frist — namentlich für die ostmärkischen Flüchtlinge noch einmal verlängert wird. Wer also infolge seiner Verdrängung einen Schadensfall erlitten und noch keinen Antrag gestellt hat, wolle denselben sofort auf den vorgeschriebenen

Formularen stellen. Die Formulare sind bei den Vorstehenden der Ortsgruppen des Deutschen Ostbundes und den anderen Interessenvertretungen erhältlich. Im Notfalle können dieselben auch bei dem Vorstehenden des Landesverbandes Schlesien des Deutschen Ostbundes, Herrn Otto Kühn in Breslau, Adalbertstraße 33, angefordert werden.

Neustadt OS., den 11. November 1922.

Der komm. Landrat.

Nr. 418. Feststellung des Bestandes an Rindvieh und Einhufern zur Erhebung der Beiträge für die Viehseuchen-Entschädigung.

Gemäß § 8 Absatz 3 der Viehseuchen-Entschädigungssatzung für die Provinz Schlesien vom 11. April 1912 und den zur Ausführung derselben erlassenen Vorschriften über die Aufnahme der Vieh-Verzeichnisse pp. vom 7. Oktober 1912 hat der Provinzialausschuß in seiner Sitzung vom 7. September 1921 beschlossen, daß das Ergebnis der am 1. Dezember 1921 stattfindenden staatlichen Viehzählung zugleich für die Erhebung der Umlage maßgebend sein soll, welche zur Deckung der im laufenden Rechnungsjahre vom Provinzialverbände der Provinz Schlesien geleisteten Viehseuchenschädigungen vorzunehmen ist.

Unter Verweisung auf die genannten Ausführungsvorschriften wird hiermit angeordnet, daß sich in den Städten die Magistrate, in den Gutsbezirken die Gutsvorsteher und in den Landgemeinden die Gemeindevorsteher der Vornahme der Zählung zu unterziehen haben.

Das Ergebnis der staatlichen Zählung, über welche besondere Verfügung ergeht, ist zugleich für diese Zählung maßgebend. Die Zahlen sind in die Zählungslisten, die den Ortsbehörden zugesandt werden, aufzunehmen. Für die Richtigkeit der ermittelten Ergebnisse sind die Guts- und Gemeindevorsteher verantwortlich.

Zur genauen Beachtung bei der Zählung für die Pferde- und Rindviehliste wird außerdem bemerkt, daß

1. zu zählen und in die Liste aufzunehmen sind
 - a) die Pferde, Esel, Maultiere, einschließlich der Fohlen,
 - b) das Rindvieh (Kühe, Ochsen, Kälber, Rinder und Stiere), mit Einschluß der unter 14 Tage alten Kälber,
2. dagegen nicht mitzuzählen und in die Liste nicht aufzunehmen sind
 - a) alle Tiere, welche dem Reiche, den Einzelstaaten oder zu den landesherrlichen Gestüten gehören, wozu aber die im Privateigentum von Offizieren befindlichen Pferde, sowie die Dienstpferde der Landjäger nicht rechnen, weshalb auch diese Pferde mit aufzunehmen sind,
 - b) alles in Schlachthöfen oder in öffentlichen Schlachthäusern aufgestellte Rindvieh.

Die hiernach aufgestellten und richtig aufgezählten Viehverzeichnisse sind behufs etwaiger Berichtigung 14 Tage lang öffentlich auszulegen.

Ort, Zeit und Zweck der Auslegung sind durch öffentliche Bekanntmachung auf ortsübliche Weise zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen. Innerhalb dieser Frist können Anträge auf Berichtigung des Verzeichnisses bei den betreffenden Gemeinde- bzw. Gutsvorstehern angebracht werden. Die Einsprüche sind mir zur Entscheidung vorzulegen.

Es sind zwei Verzeichnisse aufzustellen. Die Spalten 6 und 7 des Verzeichnisses sind jetzt nicht auszufüllen.

Sofort nach erfolgter Auslegung bzw. nach Erledigung der angebrachten Einsprüche und spätestens bis zum 5. Januar 1923 ist das für die Kreisbehörde bestimmte Verzeichnis mit der auf einem besonderen Blatte auszufertigenden Bescheinigung über die Richtigkeit, die erfolgte öffentliche Auslegung und die Erledigung der etwa angebrachten Einwendungen an mich zur Prüfung, Feststellung und weiteren Veranlassung einzureichen, wogegen das andere Exemplar, welches mit dem an mich einzureichenden Viehverzeichnisse gleichlauten muß, in den Gemeinden und bei den Gutsvorstehern zurückzubehalten und sorgfältig aufzubewahren ist.

Die für das Landratsamt bestimmte Pferde- usw. und Rindvieh-Zählungsliste ist nicht mit den allgemeinen Viehzählungsformularen zusammen zu packen, sondern in besonderem Umschlage herzusenden.

Die Herren Amtsvorsteher wollen die ordnungsmäßige und rechtzeitige Ausführung der Pferde- und Rindviehzählung überwachen und, soweit sie es für notwendig halten, brütlche Revisionen abhalten.

Neustadt OS., den 3. November 1922.

Der komm. Landrat.

Nr. 419. Im Monat Oktober haben Jagdscheine erhalten: Hauptlehrer Hermann Kolibay, Wiese gräflich; Bauer Franz Glombitz, Willau; Bauergutsbesitzer Raphael Trynczel, Poln. Oibersdorf; Bauersohn Wladislaus Gröblich, Poln. Oibersdorf; Mühlenbesitzer Paul Menzler, Schönowitz; Lehrer Emanuel Schanz, Bütz; Bauergutsbesitzer Paul Hiler, Leuber; Student Theodor Rordon; Neustadt; Landwirt Georg Rieger, Bütz; Maschinenfabrikant Johann Bboron, Bütz; Bauergutsbesitzer

Franz Otte, Siebenhuben; Bauergutsbesitzer Theodor Schneider, Dittmannsdorf; Bauer Franz Rinke, Altstadt; Bauersohn Roman Kosch, Gr. Pramsen; Bauer Josef Kosch, Gr. Pramsen; Kriegsbeschädigter Franz Langer, Walzen; Fleischer Heinrich Osieka, Walzen; Förster Johann Felka, Glöglitzen; Bauersohn Alois Hettwer, Twardawa; Bauersohn Josef Sacher, Reppen; Bauer Johann Wilczik, Deutsch Probnitz; Ober-Inspektor Alfred Ritter, Gloyenhof; Wirtschaftsassistent Viktor Dzitwole, Gloyenhof; Sägewerksbesitzer Rudolf Smolla, Altstadt; Seminarlehrer Rudolf Zimmer, Oberglogau; Lehrer Alfred Rembiol, Oberglogau; Kantor Ernst Laske, Neustadt; Lehrer Karl Ritsche, Neustadt; Landwirt Josef Langer, Kröschendorf; Bauersohn Richard Wenzel, Buch-Lisdorf, Revierförster Paul Wolff, Kl. Pramsen; Maurer Paul Schmidt, Neustadt; Lehrer Josef Scholz, Bütz; Fleischer August Cebulla, Oberglogau; Kaufmann Franz Adamczyk, Oberglogau; Bauergutsbesitzer Eugen Menzler, Altstadt; Kaufmann Rudolf Balzer, Bütz; Hegemeister i. R. Parusel, Schelitz; Lehrer Robert Hübner, Ellguth; Lehrer Paul Koszolla, Rep'ch; Bauersohn Albert Kroll, Dirschelwitz; Bauer Paul Glombitzka, Dirschelwitz; Gärtner Josef Niedzwiedz, Dirschelwitz; Bauersohn Paul Bernardt I, Dirschelwitz; Bauersohn Paul Bernardt II, Dirschelwitz; Bauergutsbesitzer Roman Alter, Poln. Olbersdorf; Bauersohn Josef Verrardt, Dirschelwitz; Bauergutsbesitzer Josef Haba, Poln. Olbersdorf; Bauersohn Alois Streibel, Dittersdorf; Zementwarenfabrikant Konrad Stuh, Jellin; Landwirt Alfons Schneider, Mühlsdorf; Bauergutsbesitzer Albert Langer, Mühlsdorf; Gastwirt Franz Groß, Mühlsdorf; Ackerbürger Eduard Sauer, Steinau; Landwirt Alois Hübner, Dittersdorf; Zollassistent Theodor Orzimek, Jellin; Student Rudolf Habel, Neustadt; Bauersohn Josef Dittrich, Lenber; Bauergutsbesitzer Friedrich Weyer, Schnellwalde; Gemeindevorsteher Josef Glombitzka, Zeisewitz; Forstsekretär Göhler, Donschnitz; Hegemeister Sonderhoff, Kopaline; Forstgehilfe Sonderhoff, Kopaline; Revierförster Nowak, Klein Strehlitz; Förster Gyner, Jägerhaus; Förster Sobel, Jägerhaus; Förster Müller, Jägerhaus; Förster Habel, Sedschütz; Förster Wrosczol, Arhhof; Förster Neumann, Ringwitz; Förster Glädel, Pyschob; Förster Heinemann, Moglo; Hilfsförster Tike, Ringwitz; Hilfsförster Müller, Ringwitz; Hilfsförster Gabriel, Pyschob; Forstgehilfe Droemer, Klein Strahlitz; Forstgehilfe Rosenkranz, Schelitz; Zollassistent Alexander Stubella, Neustadt; Oberförster Müller, Schelitz; Maschinenhändler Paul Kirisch, Körniz; Student Felix Otte, Siebenhuben; Forstgehilfe Alois Görlich, Langenbrück; Bauergutsbesitzer Josef Nase, Leuber; Bauersohn Bernhard Klose, Lenber; Bauergutsbesitzer Josef Runze, Leuber; Kaufmann Johannes Hatduk, Bütz; Gärtner August Krnopp, Oberglogau; Häusler Alois Glacza, Bogosch; Landwirtssohn Paul Scholz, Mochan; Gasthausbesitzer Johann Thiel, Wildgrund; Lehrer Edmund Wolff, Kramelan; Wirtschaftsinspektor Franz Hermesmann, Alt Ruttendorf; Fleischermeister Franz Piecha, Reppen; Landwirt Sixtus Gorek, Poln. Olbersdorf; Amtsgerichtsrat Karl Friemel, Neustadt; Lehrer Ignaz Pollocht, Jellin; Grubenhauer Hubert Thomas, Schweinsdorf; Bauergutsbesitzer Gregor Simon, Zeisewitz; Bauergutsbesitzer Alois Runze, Zeisewitz; Bauergutsbesitzer Paul Klose, Runzendorf; Bauer Julius Masur, Schmittsch; Mühlebesitzer Karl Hartwig, Langenbrück; Schlosser Wilhelm Dranth, Oberglogau und Bauersohn Wladislaus Gröhlisch, Polnisch-Olbersdorf.

Neustadt OS., den 14. November 1922.

Der komm. Landrat.

Nr. 420. Durch die Verfügung vom 7. Februar 1922 — R. A. 300 — sind die Herren Standesbeamten in den Landgemeinden des Kreises angewiesen worden, die von ihnen ausgefüllten Zählkarten über Geburten und Sterbefälle, sowie Anzeigen über die erfolgten Eheschließungen dem Herrn Kreis-medizinalrat bis zum 10. jeden Monats zu übersenden. Diese Verfügung wird aufgehoben. Die Zählkarten, sowie die Berichte über die erfolgten Eheschließungen sind dem Herrn Kreismedizinalrat nicht mehr zu übersenden.

Die Herren Gemeindevorsteher ersuche ich, dieses Kreisblatt den Herren Standesbeamten zur Kenntnis vorzulegen.

Neustadt OS., den 15. November 1922.

Der komm. Landrat.

(Schluß des amtlichen Teils.)

Anzeiger (Nichtamtlich).

Reisser Kreisbahn.

Vom 15. November 1922 ab werden die Beförderungspreise im Personen-, Gepäc-, Expresgut-, Tier- und Güterverkehr weiter erhöht. Nähere Auskunft erteilt die Bahnverwaltung in Reisse.

Reisse, den 9. November 1922.

Vorstand der Reisser Kreisbahn-Aktiengesellschaft.

Drucksachen

werden sauber und preiswert hergestellt in der

Kreisblatt-Druckerei.

Neustadt-Gogoliner Eisenbahn.

Bekanntmachung.

Mit Gültigkeit ab 1. Dezember d. Js. werden die Beförderungspreise im Personenverkehr um 100 %, also auf die bei der Reichsbahn vom gleichen Tage ab gültigen Sätze erhöht.

Der Vorstand.

Lein — Raps — Mohn

verarbeitet jeden großen und kleinen Posten
zu Futterkuchen und Speiseöl

hydraul. Delpresswerk

Richard Englisch, Jülz,

Fernsprecher Nr. 7.

Richard Hoheisel, Falkenau i. Schles.

Getreide — Sämereien — Hülsenfrüchte
Futter- und Düngemittel

Kartoffel - Großhandlung Strohpresseerei

Fernsprecher Nr. 8 und 18.

Zweigniederlassung Neisse,

Wilhelmstr. 16,

Fernsprecher Nr. 196.

Zweigniederlassung Ottmachau,

Bahnhofstr. 11,

Fernsprecher Nr. 62.

Stückkalk, gemahlener Lehtkalk,

Kalksche

Liefern sofort und preiswert

Kluczny's Kalkwerke,

Krappitz O.-S.

Tel. 13. Tel. 13.

Kreisgirokasse Neustadt O.-S.

==== (im Kreisbause) =====

für den Verkehr geöffnet:

Vormittags: jeden Werktag von 8 bis 12¹/₂ Uhr.

Nachmittags: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag
von 3 bis 6 Uhr.

Redaktion und Verlag: der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

Druck von A. Reichelt in Neustadt O.-S.

Im Genossenschaftsverzeichnis ist bei der Kreis-Genossenschaft Neustadt O.-S. e. G. m. b. H. heute eingetragen worden: in den erweiterten Vorstand sind gewählt Dr. Josef Rother, Sanitätsrat in Steinau O.S., Heinrich Holwa, Lehrer in Rosenberg O.S. Amtsgericht Neustadt Oberschl., den 31. Oktober 1922.

Kodersdorfer
Dach- und Muldenfalzziegel,

Strangfalzziegel,

Biberschwänze,

braun-, blau-, schwarz-glasert und rot-engobiert,

sind wieder prompt lieferbar.

Max Kassel, Oppeln, Tel. 42,

Baustoff- und Großhandlung.

Vertreter

noch für einige Bezirke gesucht.

Laune oder verunglückte

Pferde
und Fohlen



hole ich per Wagen
sofort ab.

Hugo Schneider,

Inh. **Adolf Aust,**

Hofschneiderei, Neustadt O.-S.
Telefonisch unter Nr. 244 zu erreichen.



Schlachtpferde,

verunglückte oder laune, werden
sofort per Wagen abgeholt.

Adolf Lux,

Hofschneiderei, Neustadt O.-S.
Telefon Nr. 259.